

Im Gespräch: Verbraucherpolitikerin Julia Klöckner (CDU)

„Verbote und Gesetze ersetzen nicht den Verstand“

Am Sonntag ist Weltverbrauchertag. So mancher Sparer, der in der Finanzkrise Verluste machte, dürfte sich nun mehr Staat wünschen. Doch kann mehr Verbraucherpolitik vor Schaden schützen?

Hätte ein besserer Verbraucherschutz in der Krise Sparer vor Verlusten bewahrt, oder maßt sich der Staat etwas an?

Umfassenden Schutz kann und wird es nie geben. Aber in vielen Fällen hätte eine Falschanlage verhindert werden können, wenn es transparentere und verständlichere Beratungen gäbe. Es kam leider durch falsche Versprechen, Druck und Unwissen zu ungewollten Käufen von Finanzprodukten, die oft gar nicht zum Profil der Verbraucher passten.

Woran mangelt es denn? Brauchen wir mehr Finanzkenntnisse der Verbraucher, brauchen wir mehr Regulierung und Qualifizierung der Berater, oder brauchen wir einen Finanzprodukte-TÜV?

Wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen. Zum einen ist es wichtig, die Finanzkompetenz der Bevölkerung zu verbessern, und zwar möglichst schon in den Schulen. Zweitens brauchen wir Berater, die nicht primär auf die Provision schauen, sondern Produkte empfehlen, die der Lebenssituation des Kunden entsprechen. Verpflichtende Berufsqualifizierungen und Berufshaftpflichten für Finanzvermittler, die es auch außerhalb von Banken gibt, sind sinnvoll – ebenso wie ein klar verständliches Beratungsprotokoll für den Verbraucher, das auch über die Risikoeinstufung eines Produktes informiert. Daran arbeiten wir.

Was ist denn mit einem Finanzprodukte-TÜV, den Ihre Partei prüfen will? Der könnte ja höchstens das Ausfallrisiko bewerten, aber nicht die Haftung übernehmen.

Genauso ist es.

Würde dann solch ein TÜV-Siegel nicht eine trügerische Sicherheit vorgaukeln?

Richtig. Es wird nie hundertprozentige Sicherheit geben, und wenn jemand eine überdurchschnittliche Rendite haben möchte, dann wird das immer mit Risiko verbunden sein – es kann gar keinen individuellen, dauerhaften und überproportionalen Gewinn geben, ohne dass es zu eines anderen Lasten geht. Bei einem Finanz-TÜV habe ich die Sorge, dass Garantien suggeriert werden, die als solche gar

nicht zu halten sind.

Die Bedenken von Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) gegen einen Finanz-TÜV halten Sie für berechtigt?

Ich teile die Bedenken der Ministerin – bin aber zugleich offen für eine Prüfung eines TÜV. Bisher habe ich aber keine überzeugenden Antworten vom Koalitionspartner erhalten, wie Nachhaltigkeit, Verlässlichkeit und Haftung in diesem Zusammenhang aussehen können.

Plädieren Sie denn für freiwillige Gütesiegel in der Finanzbranche, wie es etwa das Bio-Symbol bei Lebensmitteln ist?

Ein Gütesiegel muss messbar sein anhand von überprüfbareren Kriterien. Hier geht es nicht um Lebensmittel, sondern um abstrakte Produkte, die dem Zeitfaktor und unkalkulierbaren Unbekannten unterworfen sind. Sicher kann es Siegel für Einzelbereiche des Finanzproduktes geben. Aber letztlich geht es doch darum, ob das Geld sicher ist und in einem logischen Zusammenhang zur erwarteten Rendite steht. Wir brauchen bessere Übersichten über die Angebotspalette, damit konkurrierende Produkte verbrauchergerecht verglichen werden können. Ich plädiere für Verständlichkeit und Transparenz. Und schließlich geht es um die Beweisführung, wenn jemand falsch beraten worden ist. Daher bin ich für klare Dokumentation.

Vorschläge, die ja schon in der parlamentarischen Beratung sind.

Genau. Ebenso wie die längere Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche.

Am simpelsten, so sagen einige, wäre ja eine Ampellösung: Rot ist Risiko, Gelb weniger gefährlich, und Grün wäre die Farbe eines mündelsicheren Witwen- und Waisen-Papiers. Was spricht eigentlich dagegen?

Gegen die Ampellösung spricht die Vereinfachung eines komplexen Sachverhalts. Mit der Ampel kann man den Autoverkehr, wohl kaum den Finanzmarkt lenken. Wir würden Menschen in Sicherheit wiegen. Der Staat muss für Rahmenbedingungen sorgen, die den Verbraucher auf Augenhöhe mit den Anbietern bringen, aber den Kopf muss schon jeder selbst einsetzen. Weder Verbote noch Gesetze ersetzen den Verstand. Niemand sollte kaufen, was er nicht versteht.

Das Provisionssystem für Finanzprodukte fördert eine Art Drücker-Mentalität der Berater. Sollte man es abschaffen und durch ein Honorarsystem ersetzen?

fen und durch ein Honorarsystem ersetzen?

Da bin ich emotionslos, das Ziel ist mir wichtig: Transparenz. Viele Kunden wissen gar nicht, dass Finanzvermittler mitverdienen, an dem einen Produkt mehr, an dem anderen weniger. Und solange das nicht offen ist, so lange wird dem Kunden auch nicht klar sein, warum eine Anlage empfohlen wird. Weil es wirklich so gut ist oder weil die Provision so attraktiv ist? Mir wurden zum Beispiel noch nie Bundesschatzbriefe angeboten. Dafür gibt es ja auch keine Provision.

Die Fragen stellte **Konrad Mrusek**.